

Antrag

der AfD-Fraktion

Verpflichtende Bedingungen für eine Ansiedlung von Tesla: Bestands- und Beschäftigungsgarantie

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

das Unternehmen Tesla vertraglich zu einer Bestandsgarantie des Standortes Grünheide auf mindestens zehn Jahre sowie zu einer Beschäftigungsverpflichtung und -garantie von einer Gesamtmindestanzahl von Arbeitnehmern zu verpflichten.

Begründung:

Das deutsche Erfolgsmodell der Industriepolitik hat in langer historischer Entwicklung hunderte Weltmarktführer mit enger Verwurzelung in ihren Regionen hervorgebracht. Um die Sicherheit zu schaffen, dass die hohen Fördermittel nicht in den Märkischen Sand gesetzt werden, wie in vergleichbaren Fällen der Brandenburger Vergangenheit ist bei allen Industrieansiedlungen auf Zukunftsfähigkeit und auf vertragliche Absicherungen zu setzen. Dies bedeutet eine generelle Einbindung auch von ausländischen Unternehmen in ein Netzwerk sozialer und wirtschaftlicher Verpflichtungen, die den Standort Deutschland stärken und letztlich den Erfolg in der Region ermöglichen sollen.

Brandenburg ist schwer gebeutelt mit Fehlinvestitionen, die durch hohe Fördermittelsummen und entsprechende Verluste begleitet wurden. Diese Entwicklung sollte gestoppt und mit der Ansiedlung von Tesla vorbildhaft durch entsprechende vertragliche Absicherung umgekehrt werden.

Dementsprechend sind standort- und arbeitsrechtliche Garantien vertraglich zu regeln. Die Grundlage der vertraglichen Garantie des Standortes Grünheide und der Arbeitsplatzzahlen ist der jeweilige Ausbau- und Beschäftigungsstand im Werk nach den in Anspruch genommenen Fördermitteln. Die Garantien gelten selbstverständlich auch als erfüllt, wenn z. B. eine Veränderung der Marktsituation Tesla zur Einstellung oder Einschränkung des Automobilbaus zwingt, und dies durch Verlagerung anderer Geschäftsbereiche nach Brandenburg ausgeglichen wird.